

Politische Selbstbedienung

Das « Nein » der Bevölkerung in Irland zum Vertrag von Lissabon fordert Jede/Jeden von uns heraus! Es ist höchste Zeit, dass wir den Parteiführenden und Mandatsträgern in Europa zu verstehen geben: Wir Menschen wollen bei wichtigen Beschlüssen gefragt werden und wir wollen das letzte Wort haben – auch und gerade in der Zeit zwischen den Wahlen!

Nach dem Beispiel der Gemeinde Beckerich, im Großherzogtum Luxemburg, nahe der belgischen Grenze bei Arlon: Dort kann jede Bürgerin und jeder Bürger, welche/r das möchte, einmal pro Woche über alle Beschlussfassungen in der Gemeinde mitbestimmen. Das BSK nimmt dann den Mehrheitsbeschluss zur Kenntnis und führt ihn aus. Punkt! Dieses System funktioniert dort bereits seit über 20 Jahren, ohne Probleme.

Hätten sich die Regierungen und die Parlamente in den Mitgliedsländern der EU getraut ein Referendum zum Vertrag von Lissabon abzuhalten, welches Land hätte dann wohl diesem ausbeuterischen und hinterhältigen Vertrag zugestimmt?

Die führenden Politiker sind mehrheitlich Teil des selbst bedienenden Systems. So erhielt ich die Information, dass Jean-Luc Dehaene, der den Lissabon-Vertrag am 5. Mai in Eupen so eloquent verteidigt hat, im Vorstand von drei multinationalen Konzernen sitzt. Auch in der DG sind verantwortliche Politiker, Befürworter des Vertrages, auf Grund eines EU-Mandates befangen: Ein eindeutiger Beweis dafür, dass jegliche Ämterhäufung strikt abzulehnen ist. In den Parlamenten wird mit dem offenen Abstimmungsmodus die repräsentative Demokratie durch die Parteiendiktatur zerstört.

Und die Medien? Wie unabhängig sind sie noch von zahlungskräftigen Werbepartnern oder von öffentlich-rechtlichen Geldgebern? Diese Frage ist deshalb berechtigt, weil man sich wünschen würde, dass die Journalisten die wirklichen Ursachen von Kaufkraftverlust, Preissteigerungen, Armutszunahme, Staatsverschuldung, usw. ergründen und die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge aufdecken können.

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft, für Belgien und für Europa muss jetzt “Plan B“ greifen: Nicht Kommunismus und nicht Kapitalismus, beide haben versagt, sondern was wir jetzt fordern müssen ist die partizipative Demokratie, sprich das Gesetz gebende Referendum, auf allen politischen Entscheidungsebenen.

Joseph Meyer, St.Vith
VIVANT- Ostbelgien